

Antrag

der Abgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Rücknahme des von der Bundesregierung vorgelegten Bundesverkehrswegeplans sowie des Vierten Gesetzes zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Bundesverkehrswegeplan 1992 sowie den Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes zurückzuziehen und so zu überarbeiten, daß er den Erfordernissen einer umweltgerechten integrierten Verkehrsplanung entspricht:

1. Der Rahmen einer integrierten Verkehrswegeplanung ist eine integrierte Wirtschafts-, Umwelt- und Verkehrspolitik.
2. Als Grundlage für die Verkehrswegeplanung dürfen nicht mehr Prognoseergebnisse über die zu erwartenden Verkehrszuwächse dienen, sondern eine politisch verbindliche Entscheidung über die Rolle der einzelnen Verkehrsträger in einem integrierten wirtschafts-, umwelt- und verkehrspolitischen Konzept.
3. Eine derartige Verkehrswegeplanung hat sich primär an folgenden Zielen zu orientieren:
 - Verkehrsvermeidung durch flächennutzungs- und städtebaupolitische Maßnahmen sowie durch weniger transportintensive Produktionsstrukturen;
 - Verkehrsverlagerung durch preis-, ordnungs- und investitionspolitische Maßnahmen;
 - Reduzierung der Schadstoffemissionen durch verbesserte Fahrzeugtechnik und Organisation.

Bonn, den 28. Oktober 1992

Dr. Dagmar Enkelmann
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung umseitig

Begründung

Der Bundesverkehrswegeplan taugt nicht zur Lösung der drängenden verkehrspolitischen Probleme. Der bisherige Ansatz der Bundesregierung, die sich abzeichnende Verkehrsentwicklung durch einen Ausbau der Infrastruktur – und insbesondere der Straßeninfrastruktur – zu bewältigen, ist als gescheitert anzusehen. Das Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 Prozent zu reduzieren, wird aufgrund der zu erwartenden Verkehrszuwächse nicht erreicht werden. Eine vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in Auftrag gegebene Studie rechnet mit einer 40prozentigen Steigerung der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen – technische Verbesserungen schon eingerechnet.

Die verkehrsbedingten Gesundheits- und Umweltschäden verlangen ein Konzept, das klare Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung ergreift.